

EK-01-092 Machen was zählt, vor Ort und in Europa

Antragsteller*in: Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg)

Änderungsantrag zu EK-01

Von Zeile 91 bis 92 einfügen:

Mitgliedstaaten gegen Sabotage, Spionage, Desinformation und Destabilisierung von außen bündeln.

Frauenrechte in Gesellschaften sind ein Gradmesser für deren Demokratie. Besonders sichtbar wird das derzeit in Europa beim Thema Schwangerschaftsabbrüche. Hierzulande geht es noch um die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Frankreich zeigt schon, wie es gehen kann: Dort wurde das Recht auf den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen unlängst in der Verfassung verankert. In Polen hingegen sehen wir mit einem der striktesten Gesetze gegen Abtreibungen den anderen Gegenpol. Da europaweit der sichere Zugang zu Abtreibungen und somit die Selbstbestimmung der Schwangeren über den eigenen Körper eine alte Forderung der Frauenbewegung ist und längst überfällig werden wir uns für eine legale europäische Regelung einsetzen.

Begründung

Frauenrechte in Gesellschaften sind ein Gradmesser für deren Demokratie. Das ist nicht nur in Europa so, sondern weltweit. Besonders sichtbar wird das derzeit in Europa beim Thema Schwangerschaftsabbrüche. Hierzulande geht es noch um die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Wir setzen uns dafür ein, dass der §218 aus dem Strafgesetzbuch verschwindet und auch dafür, dass Abtreibungen bezahlt und gelehrt werden.

Frankreich zeigt schon, wie es gehen kann: Dort wurde das Recht auf den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen unlängst in der Verfassung verankert. Die Initiative in Frankreich ging im Wesentlichen auf Melanie Vogel zurück. Das lenkt auch noch einmal positiv den Blick auf die EGP. In Dänemark werden gerade die Regelungen gelockert. In Polen hingegen sehen wir mit einem der striktesten Gesetze gegen Abtreibungen den anderen Gegenpol. Diese Haltung der gerade abgewählten Regierung dort macht noch einmal sehr klar, dass mit feministischen Werten und Positionen durchaus Wahlen zu gewinnen sind. Da europaweit der sichere Zugang zu Abtreibungen und somit die Selbstbestimmung der Schwangeren über den eigenen Körper eine alte Forderung der Frauenbewegung ist und längst überfällig werden wir uns für eine legale europäische Regelung einsetzen, so wie wir das auch im Inland tun.

weitere Antragsteller*innen

Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof); Katharina Horn (KV Vorpommern-Greifswald)

EK-01-169 Machen was zählt, vor Ort und in Europa

Antragsteller*in: Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

Änderungsantrag zu EK-01

Von Zeile 168 bis 169 einfügen:

Mindestlohn von 14 Euro in diesem Jahr. Denn es braucht Einkommen, mit denen alle auskommen.[\[Zeilenumbruch\]](#)

Zusätzlich setzen wir uns für die Einführung einer EU-Richtlinie für Mindeststandards für die Arbeitslosenversicherungssysteme für alle Mitgliedsstaaten ein, die Nettoersatzraten von 75% als Mindeststandard definiert und Abdeckungsraten und die Anspruchsdauern des Arbeitslosengeldes festlegen. Denn die Stärkung von Arbeitslosenrechten bedeutet die Stärkung aller Arbeiter*innen und bietet diesen eine Sicherung.

Die Leistungen der Mindestsicherung liegen in fast allen Mitgliedstaaten unter der Armutsgefährdungsschwelle. Das muss sich ändern. Es braucht daher eine EU-Rahmenrichtlinie zu Mindestsicherungssystemen, die Mindestvorgaben zur Höhe und Abdeckung von Mindestsicherungsleistungen macht und sich an dem jeweiligen nationalen Wohlstandsniveau und der nationalen Armutsgefährdungsschwelle richtet. Für einen EU-weiten Arbeiter*innenschutz müssen wir außerdem Unternehmen zur Verantwortung ziehen. Wir wollen verhindern, dass Unternehmen auf dem Binnenmarkt Arbeits- und Sozialrecht umgehen. Um grenzüberschreitendes Lohn- und Sozialdumping wirksamer zu bekämpfen, setzen wir uns deshalb für Verbesserung von grenzüberschreitender Zusammenarbeit von Behörden und die Vollstreckung von Strafen, insbesondere bei illegaler Beschäftigung, Sozialbetrug und Steuerbetrug, ein.

Erwerbsarbeit ist in Europa immer noch ungleich verteilt. Es gibt zu viele Arbeiter*innen, die zu lange Arbeitszeiten haben und dadurch ihre Gesundheit gefährden müssen. Wir müssen eine neue und gesunde Vollzeit für die EU anstreben. Deshalb möchten wir in enger, grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften einen Informationsaustausch über geeignete Modelle der Arbeitszeitverkürzung initiieren, um Arbeiter*innenrechte zum Schwerpunkt unserer sozialen Politik zu machen und rechtlich verbindliche Maßnahmen zu erarbeiten.

Begründung

Wir sind der Meinung, dass die soziale Dimension unserer Politik stärker betont werden sollte. Deshalb schlagen wir diese Maßnahmen vor.

weitere Antragsteller*innen

Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Johannes Höing (KV Braunschweig)

EK-01-052 Machen was zählt, vor Ort und in Europa

Antragsteller*in: Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

Änderungsantrag zu EK-01

Nach Zeile 52 einfügen:

Auf der Konferenz zur Zukunft Europas haben die europäischen Bürger*innen klar zum Ausdruck gebracht, dass sie neue Verträge unterstützen, die der EU mehr Kompetenzen verleihen. Sie forderten eine Vertiefung der europäischen Demokratie mit mehr Befugnissen für das Europäische Parlament, ein Ende der nationalen Vetorechte, einen größeren EU-Haushalt und stärkere EU-Kompetenzen in zentralen Fragen wie Gesundheit, Steuern und Sozialschutz. Als Grüne stehen wir hinter ihren Vorschlägen. Die Beteiligung und das Engagement der Öffentlichkeit stärken die Europäische Union. Die EU-Institutionen müssen Maßnahmen ergreifen, um die Stimmabgabe bei der Europawahl zugänglicher zu machen, auch für Menschen mit Behinderungen.

Es ist ein demokratisches Problem, dass in der Legislaturperiode von 2019 - 2025 96% der Mitglieder des Europäischen Parlaments Weiß gewesen sind. Als Grüne setzen wir uns dafür ein, dass Kandidat*innen aus BIPOC-Gemeinschaften auf aussichtsreichen Plätzen kandidieren werden. Wir ermutigen aktiv BIPOC bzw. diejenigen, die ethnischen Minderheiten angehören, für das Europäische Parlament zu kandidieren. Wir selbst werden mit gutem Beispiel vorangehen und unseren BIPOC-Mitgliedern die Fähigkeiten und Kenntnisse zur Hand geben, die ihnen bei einer erfolgreichen Kandidatur bei den nächsten EU-Wahlen helfen.

Begründung

Diese Forderungen wurden aus dem Wahlprogramm/election manifesto der European Green Party, unserer europäischen, grünen Parteienfamilie übernommen. Unserer Meinung nach helfen diese Forderungen unser Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie im Leitantrag des Bundesvorstands noch weiter zu stärken.

EGP Manifesto auf Deutsch: https://www.datocms-assets.com/87481/1713976996-europawahlprogramm-egp_de.pdf

EGP Manifesto auf Englisch: https://www.datocms-assets.com/87481/1713876249-manifesto_2024.pdf

Dokumentation zur Konferenz zur Zukunft Europas: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/conference-on-the-future-of-europe/>

Quelle zum Anteil Weißer Mitglieder des EU-Parlaments: https://www.enar-eu.org/wp-content/uploads/2019_06-Racial-diversity-EU-Parliament-elected-MEPs.pdf

weitere Antragsteller*innen

Johannes Höing (KV Braunschweig); Michael Sasse (KV Rosenheim)

EK-01-092-2 Machen was zählt, vor Ort und in Europa

Antragsteller*in: Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

Änderungsantrag zu EK-01

Nach Zeile 92 einfügen:

Der Schutz der Rechte aller ist ein entscheidender Faktor im Kampf gegen die Rechtsextremisten*innen. Überall in Europa instrumentalisiert die extreme Rechte die Migration, um Angst und Feindseligkeit zu verbreiten. Sie will die Rechte und Freiheiten von Frauen und Menschen aus der LGBTQIA+-Gemeinschaft sowie von BIPOC zurücksetzen. Wir kämpfen gegen diesen Rückschritt und treten entschlossen für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte ein. Wir wollen sicherstellen, dass der EU-Aktionsplan gegen Rassismus umgesetzt wird, und auf seine Erneuerung bis 2025 hinarbeiten, mit angemessener Finanzierung und einem Beratungsgremium der Zivilgesellschaft. Nationale Aktionspläne müssen für alle Mitgliedsstaaten verbindlich sein.

Wir brauchen einen EU-Rahmen, um die freie Arbeit und kritische Berichterstattung von Journalist*innen zu schützen. Investigativer, kritischer Journalismus benötigt besondere Schutzmaßnahmen. Freier und unabhängiger Journalismus darf nie eine Frage der notwendigen Finanzen sein oder durch Gesetze behindert werden. Wir setzen uns für die ordnungsgemäße Umsetzung des künftigen Medienfreiheitsgesetzes und der Richtlinie gegen strategische Klagen ein, die öffentliche Beteiligung erschweren oder verhindern sollen (sog. SLAPPs). Wir unterstützen die Entstehung paneuropäischer Medien und qualitativ hochwertiger Inhalte zu europäischen Themen, europäischer Staatsbürgerschaft und europäischer Identität als Kernelemente eines gemeinsamen europäischen Bürger*innen- und Informationsraums, der mit EU-Mythen aufräumt und ein Gefühl der europäischen Zugehörigkeit schafft.

Begründung

Diese Forderungen wurden aus dem Wahlprogramm/election manifesto der European Green Party, unserer europäischen, grünen Parteienfamilie übernommen. Unserer Meinung nach helfen diese Forderungen konkrete Vorschläge zum Schutz der Demokratie im Leitantrag des Bundesvorstands zu machen.

EGP Manifesto auf Deutsch: https://www.datocms-assets.com/87481/1713976996-europawahlprogramm-egp_de.pdf

EGP Manifesto auf Englisch: https://www.datocms-assets.com/87481/1713876249-manifesto_2024.pdf

EU-Aktionsplan gegen Rassismus: https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13797-EU-Aktionsplan-gegen-Rassismus-Umsetzung_de

Medienfreiheitsgesetz: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/media-freedom-eu/#act>

Anti-SLAPP-Richtlinie: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/03/19/anti-slapp-final-green-light-for-eu-law-protecting-journalists-and-human-rights-defenders/>

weitere Antragsteller*innen

Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg); Johannes Höing (KV Braunschweig)

EK-01-190 Machen was zählt, vor Ort und in Europa

Antragsteller*in: BAG Migration & Flucht

Beschlussdatum: 28.05.2024

Änderungsantrag zu EK-01

Nach Zeile 190 einfügen:

Wir kämpfen für eine Europäische Union, die den Schutz von Menschenrechten verteidigt, das Völkerrecht achtet und den Zugang zum Recht auf Asyl garantiert. Modelle, die Asylverfahren auf Länder außerhalb der EU auslagern, wie beispielsweise nach Albanien oder Ruanda, sind nicht nur unrealistisch und inhuman, sie missachten auch Entscheidungen des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Es ist zutiefst inhuman Menschen gegen ihren Willen in ein Land zu verbringen, in dem sie nie zuvor gewesen sind. Der Schutz der Menschenwürde sowie das Asylrecht genießen in der Europäischen Union und in Deutschland vor dem Hintergrund der Shoah Verfassungsrang und es ist unsere gemeinsame Verantwortung, dieses historische Erbe zu bewahren.